

Antrag 71/I/2022**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand, Landtagsfraktion
(Konsens)****Die Ausarbeitung eines brandenburgischen Landesintegrationsgesetzes**

1 In vier Bundesländern gibt es derzeit Landes-
2 integrationsgesetze. Die Gesetze von Berlin
3 (2010), Nordrhein-Westfalen (2012) und Baden-
4 Württemberg (2015) regeln, unter welchen Rah-
5 menbedingungen Integrationspolitik stattfindet
6 und welche Institutionen dafür zuständig sind.
7 Das bayrische Integrationsgesetz bezieht sich hin-
8 gegen stärker auf die individuelle Integration von
9 Zugewanderten. Angesichts der neuen Herausfor-
10 derungen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg
11 auf die Ukraine ergeben, wird der Landesvorstand
12 der SPD Brandenburg aufgefordert, sich mit der
13 Ausarbeitung eines Vorschlags für ein brandenbur-
14 gisches Landesintegrationsgesetzes zu befassen.
15 Dieser Vorschlag soll dann ins Wahlprogramm der
16 SPD Brandenburg im Wahljahr 2024 aufgenommen
17 werden.

18

19 Begründung

20 Landesintegrationsgesetze können helfen, die Inte-
21 grationspolitik besser zu steuern, indem sie Integra-
22 tion als Querschnittsaufgabe verankern und Struk-
23 turen der Koordination und Mitwirkung institutio-
24 nalisieren. Zudem werten sie die Integrationspoli-
25 tik als politische Aufgabe auf und beeinflussen die
26 gesellschaftliche Debatte. In Brandenburg ist der
27 Begriff der Integration seit dieser Legislaturperiode
28 erstmals im Namen eines Ministeriums, des Minis-
29 teriums für Soziales, Gesundheit, Integration und
30 Verbraucherschutz, verankert. Alle Beteiligten stim-
31 men sicher darin überein, dass das überproportional
32 „alte“ Brandenburg, wirtschaftlich und sozial nur
33 mit Zuwanderung überleben kann. Damit das mit li-
34 mitierten Mitteln gut gelingen kann, braucht es um-
35 so klarere Vorgaben und Strukturen.

36 Ein Beispiel, das deutlich macht, dass Brandenburg
37 ein LIG benötigt, ist die Stelle der Landesintegrati-
38 onsbeauftragten. Diese arbeitet auf der Grundlage
39 eines Kabinettsbeschlusses, der vor ca. zwanzig Jah-
40 ren getroffen wurde. Formell ist die Stelle im MS-
41 GIV angesiedelt, räumlich wurden alle Beauftrag-
42 ten in die Wilhelmgalerie umgesiedelt und praktisch
43 soll die Landesbeauftragte alle Ministerien beraten,

Die Gesetze der genannten Bundesländer haben sehr unterschiedliche Stoßrichtungen. Das Wahlprogramm muss zudem aus einem Guss sein und sollte nicht aus Einzelanträgen vorheriger Parteitage bestehen. Bis zur und im Rahmen der Erstellung des Wahlprogrammes ist eine Diskussion möglich, in welcher Form und Stoßrichtung die SPD Brandenburg ein solches Gesetzes fordert.

44 obwohl sie dafür weder finanziell noch personell
45 ausreichend ausgestattet ist. Ein Integrationsgesetz
46 könnte hier eine klare Strategie schaffen, bei der Er-
47 wartungen entsprechend an Ressourcen geknüpft
48 sind.